

*Joachim Krause*

# Afghanistan – eine krachende Niederlage „des Westens“?

ISPK Policy Brief Nr. 10  
September 2021



**Das Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel gGmbH (ISPK):**

Das ISPK ist als eigenständiges Forschungsinstitut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angegliedert und trägt mit seiner Arbeit zum sicherheitspolitischen Diskurs in Deutschland bei. Es leistet interdisziplinäre, policy-orientierte Forschung und agiert undogmatisch und überparteilich. Das Institut widmet sich der universitären Forschung und Lehre, der Beratung von Politik, Wirtschaft und Medien, politischer Bildung sowie der Förderung des akademischen Nachwuchses. Die Themenschwerpunkte liegen dabei auf der Konflikt- und Strategieforschung, auf asymmetrischen Herausforderungen wie z.B. dem Terrorismus und der Analyse und Bewertung sicherheitspolitisch relevanter Entwicklungen in den Bereichen deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik, internationale Sicherheitsarchitektur, Stabilisierung gescheiterter Staatlichkeit sowie maritimer Sicherheit.

Kontakt zu dem Autor:

Prof. Dr. Joachim Krause

Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel gGmbH (ISPK).

[jkrause@politik.uni-kiel.de](mailto:jkrause@politik.uni-kiel.de)



**Prof. Dr. Joachim Krause**

Afghanistan – eine krachende Niederlage „des Westens?“

ISPK Policy Brief Nr.10

Kiel, 1. September 2021

**Lektorat:**

Dr. Stefan Hansen

**Impressum:**

Hrsg. von Prof. Dr. Joachim Krause/ Dr. Stefan Hansen

Institut für Sicherheitspolitik

an der Universität Kiel gGmbH (ISPK)

Holstenbrücke 8-10

24103 Kiel

**[ISPK.org](http://ISPK.org)**

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2021 Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel gGmbH (ISPK).

Bildnachweise finden sich am Ende

## 1 Einleitung

Derzeit überschlagen sich Kommentatoren über die angeblich große Niederlage des Westens in Afghanistan und was dieses Ereignis für die internationalen Beziehungen bedeutet. Viele sehen schon den Untergang des Westens nahen, so wie 1988 der Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan deren Untergang eingeleitet habe. Bei all der Konfusion, die derzeit herrscht, sollte man einen kühlen Kopf bewahren und die Behauptungen über „die krachende Niederlage des Westens“, die derzeit umlaufen, einer kritischen Überprüfung unterziehen. Im Wesentlichen sind dies drei Behauptungen: (1) „der Westen“ sei mit „seinem Konzept“ einer militärisch getragenen Staatsbildung in Afghanistan gescheitert; (2) der rasche Abzug der USA und deren Partner sende ein fatales Signal an Verbündete und Gegner; und (3) die westlichen Regierungen hätten in den vergangenen Wochen katastrophal versagt und das rasche Ende des Kabul-Regimes vorhersehen müssen.

Die meisten dieser Behauptungen beruhen auf unzureichenden Kenntnissen über die Entwicklungen in Afghanistan während der vergangenen 20 Jahre. Sie lassen oft ein erschreckendes Ausmaß an Unkenntnis über die entscheidenden Stationen der Geschichte der internationalen Bemühungen um die Stabilisierungen Afghanistans erkennen. Umso mehr wird über den angeblichen „Verrat westlicher Ideale“ geklagt. Ein Grund für diese extrem verengte Debatte ist, dass es in Deutschland und den meisten europäischen Ländern seit 20 Jahren keine seriöse, strategisch orientierte politische Diskussion über das Für und Wider des Afghanistan Einsatzes gegeben hat. Stattdessen wurde stets von Regierungsseite auf die vermeintlich gute positive Bilanz beim Export westlicher Werte verwiesen.

<sup>1</sup> Die Ergebnisse finden sich in dem von Joachim Krause und Charles King Mallory, IV herausgegebenen Buch *Afghanistan, Pakistan and Strategic Change* (London und New York: Routledge 2014) und in dem von Robin Schröder und Stefan Hansen herausgegebenen Buch *Stabilisierungseinsätze als*

Von einer sachorientierten und abwägenden Bewertung der Afghanistan-Erfahrungen sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Ein Blick in die Geschichte und in die reichhaltige und seriöse wissenschaftliche Literatur ergibt ein weitgehend anderes Bild dessen, was „der Westen“ hat erreichen wollen und was er verloren hat. Die hier vorgelegte Analyse beruht auf den Erkenntnissen zweier internationaler Forschungsprojekte des *Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel*, die zusammen mit dem *Center for a New American Security* und dem *Aspen Institut Deutschland* im vergangenen Jahrzehnt die internationalen Bemühungen um Staatsbildung in Afghanistan bilanzierten und damals schon zu Ergebnissen gelangten, die Ernüchterung nahelegten.<sup>1</sup>

## 2 Die irreführende Behauptung einer humanitären Intervention „des Westens“

Zu den wirklich fundamentalen Irrtümern dieser Tage gehört die Behauptung, der Westen habe in Afghanistan eine humanitäre Intervention unternommen, die das Ziel verfolgt hätte, den Menschen in Afghanistan westliche Werte nahezubringen.<sup>2</sup>

Diese Behauptung ist irreführend und falsch. Im Oktober 2001 intervenierten die USA in Afghanistan militärisch, um der Nordallianz die Möglichkeit zu verschaffen, die Taliban zu vertreiben. Dabei wurde hauptsächlich die Luftwaffe eingesetzt. Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, Spezialeinheiten nach Afghanistan zu entsenden, die al-Qaeda zerschlagen sollten. Hierbei wurden sie von Streitkräften verbündeter Staaten unterstützt. Für die Zeit danach hatte die Bush-Administration keine Pläne und Konzepte.

Die Initiative zu einer internationalen Anstrengung zum Wiederaufbau Afghanistans nach Jahren des Bürgerkriegs und der Taliban-Herrschaft kam im Herbst 2001 weder aus dem

*gesamtstaatliche Aufgabe* (Baden-Baden: Nomos 2015).

<sup>2</sup> Zum Beispiel Herfried Münkler: Das Ende des Werteexports, *TAZ*, 28.8.2021; ähnlich argumentiert auch Navid Kermani: Für drei Dollar am Tag, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.8.2021.

Weißes Haus noch, wie derzeit immer wieder gerne insinuiert, aus dem Kreis der Neokonservativen. Und auch die rotgrüne Koalition in Berlin war nicht dafür verantwortlich. Die Initiative wurde vielmehr Mitte Oktober 2001 vom damaligen UN Generalsekretär Kofi Annan gestartet und beruhte auf einem Plan seines Sonderbeauftragten für Afghanistan, Lakhdar Brahimi. Der aus Algerien stammende und in den USA wohnende Diplomat Brahimi hatte sein Konzept in Konsultationen mit allen damals maßgeblichen politischen Kräften in Afghanistan (nach dem Abtauchen der Taliban im Oktober 2001) sowie einer Reihe von Regierungen abgesprochen und auf einer Konferenz der Vereinten Nationen vorgelegt, die Ende November auf dem Petersberg bei Bonn begann. An ihr nahmen die damals als wichtig geltenden politischen Kräfte Afghanistans sowie eine Reihe, meist westlicher Staaten teil. Das Anfang Dezember verabschiedete Dokument dieser Konferenz übernahm das Konzept Brahimis. Sein Plan wurde damals als „Meisterstück der Diplomatie“ gerühmt, weil es einen Weg aus der verfahrenen Lage in Afghanistan zu weisen schien.



Lakhdar Brahimi

Dem Brahimi-Plan zufolge sollte ein Interimspräsident in Afghanistan eingesetzt werden. Dieser – alles lief auf den afghanischen Politiker Hamid Karsai hinaus – sollte dafür sorgen,

dass durch eine Versammlung aller Stammesführer eine zentrale Staatlichkeit Afghanistans im Rahmen einer Verfassung etabliert wird, die zwar islamisch, aber auch demokratisch und modern sein sollte.<sup>3</sup> Dieser Prozess sollte Afghanistan die Perspektive einer friedlichen politischen Zukunft und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus geben. Zu diesem Zweck wurden Aufbaupmissionen der Vereinten Nationen (UNAMA) und der Europäischen Union (EUPOL) ins Leben gerufen.

Die bei der Konferenz anwesenden westlichen Staaten stimmten dem Konzept der Vereinten Nationen zu und boten erhebliche finanzielle Mittel an. Viele Nichtregierungsorganisationen schlossen sich ihnen an. Der militärische Teil des Petersberg Dokumentes blieb schmal: die NATO wurde gebeten, eine kleine, auf Kabul beschränkte Truppe (International Security Assistance Force – ISAF) zu stellen, die darüber wachen sollte, dass der Prozess des Wiederaufbaus nicht durch bewaffnete Kräfte gestört wird. Die NATO kam diesem Wunsch nach, darunter waren auch Soldaten der Bundeswehr.

### 3 Das Scheitern des Brahimi-Plans

Das „Meisterstück der Diplomatie“ wurde Stück für Stück umgesetzt. Es erwies sich im Laufe der folgenden Jahre aber aus zwei Gründen als totaler Fehlgriff. Zum einen war die afghanische Zentralstaatlichkeit bei vielen Afghanen unbeliebt – besonders unter den Paschtunen – und erregte Widerstand. Und das zu Recht, denn der Aufbau des Staates diente dazu, ein korruptes und ineffektives System der Selbstbereicherung zu etablieren. Profiteure waren Vertreter der Nordallianz sowie kooperationswillige paschtunische Clans. Die Bevölkerung wurde geschöpft. Viele Gelder kamen aber aus westlichen Staaten – denn außer ihnen und dem einen oder anderen arabischen Staat war niemand bereit, viel Geld in

<sup>3</sup> Vgl. Serge Schmemman: A Nation Challenged. Post-war Plans; U.N. Insisting Afghans Get A Government They Want, *New York Times*, 24.10.2001, B3; vgl. Brahimi working on new Afghanistan Plan, in: Dawn (Pakistan), 06.11.2001, <https://www.dawn.com/news/5212/brahimi-working-on-new-afghan-plan>; vgl. UNO-Sonderbeauftragter Brahimi legt 5-

Punkte-Plan für politischen Übergang in Afghanistan vor. Provisorischer Rat soll neue Verfassung verabschieden und Regierung bilden, *Presseausendung der Vereinten Nationen in Wien*, 14.11.2001; <http://unis.unvienna.org/unis/de/pressrels/2001/unic420.html>; vgl. Serge Schmemman: U.N. Seeks Meeting of Afghans to Fill Vacuum in Kabul, *New York Times*, 14.11.2001, B4.

Afghanistan zu investieren. Der afghanische Zentralstaat erwies sich von Anbeginn an als inkompetent und korrupt, denn die Geldgier auf den oberen Ebenen setzte sich auf den unteren Ebenen fort und traf dort zumeist die einfache Bevölkerung.<sup>4</sup>

Der zweite Grund für das Scheitern war die weitgehende Vernachlässigung der ländlichen Räume. Die meisten Projekte der Nicht-Regierungsorganisationen und staatlicher Stellen fanden ab 2002 in den Städten statt und trafen dort auch auf die Unterstützung von Menschen, die nach und nach so etwas wie eine, wenn auch kleine, afghanische Zivilgesellschaft bildeten. Die überwiegende Mehrheit der Afghanen in den ländlichen Gebieten hatten kaum etwas von der Hilfe und empfanden die neue Zeit zunehmend als Bedrückung.<sup>5</sup> Viele Landwirte stellten zudem auf die Opium-Produktion um. Die Taliban nutzten diese Umstände, um in den ländlichen Gebieten wieder Fuß zu fassen, mit offener oder subtiler Gewalt wieder Territorium und Menschen zu kontrollieren und die Regierungseinrichtungen, besonders die neu geschaffenen Sicherheitsorgane, aus dem Hinterhalt anzugreifen.



Präsident Karzai mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bei einer Pressekonferenz im Jahr 2003

<sup>4</sup> Die Korruption und Kleptokratie in Afghanistan wird sehr anschaulich geschildert von Sarah Chayes: *The Punishment of Virtue. Inside Afghanistan After the Taliban*. New York: The Penguin Press 2006. Chayes lebte acht Jahre in Afghanistan und war Beraterin des US-Militärs.

<sup>5</sup> Robin Schroeder: Not too little, but too late. ISAF's strategic restart of 2010 in light of the coalition's previous mistakes, in: Krause/Mallory, *Afghanistan, Pakistan and Strategic Change*, op. cit., S. 19-69 (S.20).

Im Jahre 2005 waren fast alle ländlichen Gebiete Afghanistans Schauplatz einer bewaffneten Aufstandsbewegung der Taliban, die von großen Teilen der Landbevölkerung entweder unterstützt oder als das kleinere Übel geduldet wurde. Das Regime in Kabul reagierte hilflos und auch die ISAF-Truppen sahen sich Anschlägen ausgesetzt. Sie erlebten einen *mission-creep*: aus einer eher symbolischen und neutralen Militärpräsenz wurden sie zu Kombattanten.<sup>6</sup> Die Größe der ISAF-Truppen wurde verstärkt, allerdings blieb das Ausmaß der Verstärkung gering. Sie wurden zunehmend Opfer von Anschlägen der Taliban. Die ISAF-Truppen versuchten dabei auch, Methoden und Verfahren einer kombiniert zivil-militärischen *Counterinsurgency* zu praktizieren (auf Deutsch: vernetzter Ansatz). Aber die Sicherheitslage verschlechterte sich kontinuierlich und ließ wenig Raum für die zivile Komponente.

In der Politik der USA und auch Deutschlands wurde die Ernsthaftigkeit der Lage wahrgenommen, aber nur langsam in seinen Konsequenzen verstanden. Gerade in Deutschland wurde vielmehr gerne auf Erfolge mit zivilgesellschaftlichen Akteuren verwiesen. Die Korruption und die Kleptokratie in der afghanischen Zentralregierung sowie die sich verschlechternde Sicherheitslage waren keine Themen.

#### 4 Die Anpassung der westlichen Strategie

Erst 2009 kam es in den USA unter Präsident Obama zu einem *strategic review*, in dem eine realistische und kritische Bilanz der amerikanischen und westlichen Politik vorgenommen wurde. Der *Review* mündete in eine neue Afghanistan/Pakistan Strategie. Diese Strategie wurde nach und nach von den Staaten der

<sup>6</sup> Vgl. Schroeder, *ibid*, S. 23 ff. Siehe auch Antonio Giustozzi: *Koran, Kalashnikov, and Laptop. The Neo-Taliban Insurgency in Afghanistan*. New York: Columbia University Press, 2008, sowie Ahmed Rashid: *Descent Into Chaos. How the War against Islamic Extremism Is Being Lost in Pakistan, Afghanistan, and Central Asia*. London: Allen Lane/Penguin Books, 2008.

NATO übernommen, aber auch unterschiedlich interpretiert.

Die Vereinten Nationen nahmen die Entwicklung zur gleichen Zeit mit Besorgnis zur Kenntnis, aber eigenständige Initiativen des Generalsekretärs oder seines Sonderbeauftragten zur Anpassung oder Besserung der Lage sind aus dieser Zeit nicht bekannt geworden. Brahimi hat 2011 die USA dafür kritisiert, dass sie nicht energisch genug mit den Taliban über eine Machtteilung verhandelt habe. Seltsamerweise hat niemand die UNO für das Scheitern ihrer Afghanistan Initiative seither verantwortlich gemacht, dafür umso mehr die NATO oder gleich „den Westen.“



US Präsident Obama und General McChrystal

Im Oktober 2009 entschloss sich die NATO auf Wunsch der USA die militärische Lage durch einen massiven Aufwuchs der ISAF-Kräfte auf 130.000 Soldaten (davon 100.000 aus den USA) zu wenden.<sup>7</sup> Dadurch sollte eine Aufstandsbekämpfung nach dem Vorbild der im Irak erfolgreich angewandten *Counterinsurgency*-Doktrin vorgenommen werden. Diese war von dem amerikanischen General Stanley A. McChrystal entwickelt worden und wurde unter seiner Leitung in Afghanistan umgesetzt. Nicht die direkte Bekämpfung der Taliban sollte der Schwerpunkt sein, sondern die Herstellung von Sicherheit vor den Taliban und die Zusammenarbeit mit zivilen Organisationen bei der Etablierung von Normalität und wirtschaftlichem Aufbau (etwa im Rahmen der *Provincial Reconstruction Teams*). Der Truppenaufbau blieb von vornherein zahlenmäßig und zeitlich begrenzt (nur bis Ende 2014). Er

<sup>7</sup> Thom Shanker und Mark Landler: NATO Ministers Support General on Afghan War, *New York Times*, 24.10.2009, A1.

galt als vorübergehende Maßnahme, bis die afghanische Zentralregierung in der Lage war, die Sicherheitssituation vor Ort zu beherrschen und den wirtschaftlichen und institutionellen Aufbau des Landes selbsttätig in Angriff zu nehmen, insbesondere der ländlichen Gebiete. Teil der neuen Strategie war der geplante Aufwuchs der afghanischen Polizei und des afghanischen Militärs, die nach 2014 die Verantwortung für die Sicherheit des Landes übernehmen sollten. In der Ankündigung der zeitlichen Begrenztheit des Aufwuchses (*surge*) schwang die Mahnung an die afghanische Regierung unter Präsident Karsai mit, endlich Schluss mit der Korruption und Selbstbereicherung durch die politische Klasse des Landes zu machen. Vor allem in der amerikanischen Regierung hatte sich die Kritik an Karsai schon zur Empörung gesteigert, weil seine Familie als besonders geldgierig galt und einer seiner Brüder tief in den Handel mit Opium und anderen Narkotika verstrickt war. Es gab auch Hinweise darauf, dass bei der Verteilung der Opium-Einnahmen die Taliban und mit der Regierung verbundene Clans untereinander Absprachen getroffen hatten. Der damalige Vizepräsident Joseph Biden sah die Fortsetzung des Engagements in Afghanistan seinerzeit kritisch. Er warb schon 2009 für einen kompletten Rückzug aus Afghanistan, da er die Korruption in der afghanischen Regierung für nicht heilbar ansah. Für ihn gab es zu viele Parallelen mit dem unseligen Einsatz der USA in Vietnam.

Der afghanische Präsident Karsai versprach damals Besserung und es gelang ihm auf den Geberkonferenzen in Bonn (2011) und Tokio (2012) weitere finanzielle Unterstützung aus dem Ausland zu erhalten. Die Bundeskanzlerin begründete damals die zusätzlichen deutschen Hilfszusagen damit, dass Sicherheit ohne zivilen Wiederaufbau eine „Fassade“ sei.

Ein weiteres Problem stellte Pakistan dar, welches die Taliban und andere Terrorgruppen mit Geld und Waffen unterstützte und ihnen Rückzugsgebiete verschaffte. Teil der 2009 entwickelten Strategieüberlegungen der US-

Regierung war es daher, in Verhandlungen mit der pakistanischen Regierung nach Möglichkeiten einer politischen Lösung zu suchen, die auch die Taliban einbeziehen sollte.

### 5 Die dürftige Bilanz der zivil-militärischen Counterinsurgency

Die Umsetzung der 2009 beschlossenen Strategie der NATO, die nunmehr – der Not gehorchend – die Federführung bei der internationalen Stabilisierung Afghanistans übernommen hatte, gestaltete sich nur teilweise erfolgreich.<sup>8</sup> Neben der Verbesserung der Sicherheitslage in den Städten zeichnete sich in vielen Provinzen auch in den ländlichen Bereichen eine deutliche Verbesserung der Sicherheitslage ab. Eine Befriedung Gesamtafghanistans sowie die Abriegelung der Grenze zu Pakistan erwies sich jedoch mit den verfügbaren Kräften als nicht möglich. Dazu hätte es eines sehr viel größeren Aufwandes bedurft (eher 500.00 Soldaten als 130.000). Dazu waren aber weder die USA noch ein anderer NATO-Staat bereit.



ISAF-Soldaten überqueren 2010 eine mit internationaler Hilfe gebaute Flussbrücke im Distrikt Baghlan

Aber auch dort, wo die Sicherheitslage sich in den ländlichen Gebieten verbesserte, kam es kaum zu effektiven zivilen Aufbauprojekten. Die entsprechenden Gelder waren vorhanden, aber viele staatliche Behörden von Geberstaaten und vor allem Nichtregierungsorganisationen weigerten sich, ihre Mitarbeiter in gefährdete Gebiete zu entsenden und dort auch noch mit Militärs zu kooperieren. Zudem erwiesen

sich die afghanischen Behörden als wenig hilfreich bei der Initiierung oder Umsetzung von zivilen Projekten auf dem Lande, die der dortigen Bevölkerung den Eindruck hätten vermitteln können, dass die internationale Gemeinschaft und die Regierung in Kabul es gut mit ihnen meinten. Riesige Geldbeträge gingen für Schmiergelder und für Geisterprojekte verloren. Die COIN-Strategie scheiterte hauptsächlich an ihrer zivilen Säule. Aber auch die Gespräche mit Pakistan blieben ergebnislos, Konsultationen mit den Taliban fanden statt, ließen aber keine Perspektive erkennen, denn die Taliban wollten die Macht nicht teilen.

Auch die Fähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte, eigenständig für Sicherheit im Land zu sorgen, blieb weit hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurück. Nach dem Abzug der ISAF-Truppen Ende 2014 und der Reduzierung der NATO-Aktivitäten auf Ausbildung und Unterstützung (*Resolute Support*) blieben die afghanischen Soldaten unfähig, die Gebietsgewinne des *surge* der NATO-Truppen zu halten. Auch hier zeigte sich die zutiefst korrupte Natur des afghanischen Regimes. Offiziersstellen wurden nach Clanmitgliedschaft und –rank vergeben oder sie waren käuflich. Die Offiziere hielten oft ihren Unteroffizieren und Rekruten den Sold vor, um die Kosten wieder herein zu bekommen. Seit 2015 verschlechterte sich die Sicherheitslage von Jahr zu Jahr und wurde nur dadurch vor dem Kollaps bewahrt, dass die USA immer wieder Kampfeinheiten (allerdings im kleinen Umfang) nach Afghanistan verlegten, um den afghanischen Kräften aus Notlagen zu helfen. Besonders wichtig war die Luftunterstützung.

Die 2009 von der NATO eingeschlagene Strategie hatte das Ziel verfolgt, dem afghanischen Staat durch eine einmalige Operation zur Verdrängung der Taliban in Kombination mit zusätzlichen internationalen Hilfsmaßnahmen die Chance zu geben, das Heft selber in die Hand zu nehmen. Diese Chance hat die afghanische Regierung nie genutzt, sie blieb das Haupthindernis für die erfolgreiche Umsetzung der internationalen Strategie.<sup>9</sup> Konsequenterweise hätten die USA und die NATO-

<sup>8</sup> Vgl. Schroeder, *Too little, Too late*, op. cit., S. 51 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Anthony Cordesman und Ashley Hess: *Prospects for Transition in Afghanistan*, in:

Staaten Afghanistan ab 2014 sich selber überlassen müssen. Aber dem stand aus amerikanischer und europäischer Sicht entgegen, dass sich in den großen Städten so etwas wie eine an modernen Vorstellungen orientierte Zivilgesellschaft entwickelt habe. Auch die Wahl von Ashraf Ghani zum Präsidenten Afghanistans im Jahr 2014 und erneut 2019 gab Hoffnung zu der Annahme, dass sich etwas ändern würde. Ghani, der zuvor für die Weltbank gearbeitet hatte, war einer der ersten, der die enorme Korruption der Regierung Karsai kritisiert hatte und er versprach Besserung. Ab 2012 hatte er sich als Kandidat für das Präsidentenamt ins Spiel gebracht. Tatsächlich wurde er von der amerikanischen Regierung unterstützt und auch von der Bevölkerung gewählt. Seine Gegner in der Machtvertikale taten aber alles, um ihn zu neutralisieren (von Wahlfälschungen bis hin zur Behinderung seiner Arbeit). Auf seiner Amtszeit lag daher kein Segen und er muss als tragische Figur bezeichnet werden. Spätestens seit 2019 nahm auch die US-Regierung nicht mehr Rücksicht auf ihn. Dies ließ sich daran ablesen, dass die Trump-Administration Verhandlungen mit den Taliban über einen Truppenabzug führte, ohne Ghani zu konsultieren.

## 6 Was bleibt von der „Niederlage“?

Die „Niederlage des Westens“ ist somit keinesfalls so klar, wie es in Medien und Politik immer wieder dargestellt wird. Tatsächlich hat Präsident Biden in diesem Jahr das getan, was er schon 2009 wollte: den Stecker ziehen, um das unwürdige Treiben der von Hamid Karsai gebildeten afghanischen Machtvertikale zu beenden. Die tragischen Opfer sind diejenigen Menschen, die die Freiräume der vergangenen 20 Jahre genutzt haben, um ein Leben frei von religiöser Bevormundung zu führen – hauptsächlich in Kabul und anderen großen Städten. Die Frage ist: Hätte man diese Freiräume weiterhin schützen können? Vermutlich nicht, oder nur noch für kurze Zeit. Die Europäer wären dazu alleine nicht in der Lage gewesen. Präsident Biden hatte daher Recht: entweder zieht man ab, oder man versucht mit einem

Truppenkontingent von über 500.000 Soldaten die Lage zu wenden – ohne zu wissen, ob das zu einem guten Ende führt. Die Erfahrungen aus Vietnam lehrten, dass selbst ein derart hoher Militäreinsatz zu keinem Erfolg führen muss. Biden gehört zu jener Politikergeneration, die während des Vietnam Kriegs sozialisiert worden ist. Von daher war dieser Schritt zu erwarten.

## 7 Lehren aus Afghanistan

Was sind die Lehren, die man daraus ziehen soll? Erstens, sollte man vorsichtig sein mit der Umsetzung von angeblichen diplomatischen Meisterstücken der Vereinten Nationen, die hauptsächlich auf der Zustimmung von Personen beruhen, deren Seriosität fragwürdig ist. *Der Grundfehler der Stabilisierungsversuche in Afghanistan war die Einsetzung einer korrupten und parasitären Zentralregierung auf der Basis des Brahimi-Plans der Vereinten Nationen.* Zweitens, die Übernahme der Verantwortung für Afghanistan durch die NATO im Jahr 2010 (im Wege einer zivil-militärischen *counterinsurgency*) war zu dem Zeitpunkt sinnvoll und beinhaltete mit der zeitlichen Begrenzung eine politisch völlig angemessene Konditionalisierung (im Sinne einer letzten Warnung an das Regime in Kabul). Drittens, die *Counterinsurgency* scheiterte nicht nur an der Passivität der afghanischen Behörden, sondern auch daran, dass die zivile Seite nicht konsequent umgesetzt wurde. *Dieselben Politiker, die im Westen stets die große Bedeutung des zivilen Aufbaus herausstellten, waren nicht in der Lage sicherzustellen, dass aus ihrem Land eine wirksame zivile Aufbaukomponente gerade in den ländlichen Gebieten ankam.* Das gilt auch für die Bundesregierung. Viertens, wurde weitgehend unterschätzt, dass die ländliche Bevölkerung Afghanistans (insbesondere unter den Paschtunen) nicht nur den westlichen zivilen und militärischen Helfern mit Skepsis oder Ablehnung gegenüberstand, sondern dass die Ideologie der Taliban ihrem Weltbild weitaus mehr entsprach als die westlichen Werte. Zusammengefasst bedeutet das: *Stabilisierungsoperationen in von Kriegen zerstörten Ländern sollte man nur dann ins Auge fassen, wenn gesichert*

---

Krause/Mallory, *Afghanistan, Pakistan and strategic Change*, op. cit, S. 70-148, S. 71.



*ist, dass man mit seriösen und effektiv vorgehenden Regierungen zusammenarbeitet und wenn es in der Bevölkerung eine kritische Masse von Menschen gibt, die an dem Projekt aktiv mitwirken oder dieses unterstützen.*

### **8 Ist der Abzug ein katastrophales Zeichen an die Verbündeten?**

Eine heute immer wieder zu hörende Behauptung lautet: *Der einseitige und ohne ausreichende Konsultationen mit den Verbündeten vollzogene Abzug der USA aus Afghanistan würde ein katastrophales Signal an die Verbündeten der USA senden und den Zusammenhalt der westlichen Welt gefährden.* Diese Behauptung klingt durchaus nachvollziehbar – gerade angesichts der sich abzeichnenden weltpolitischen Wandlung, bei der die militärische Macht der USA zunehmend durch China in Frage gestellt wird. Es ist anzunehmen, dass diese Sichtweise in Moskau und Peking oder auch unter Islamisten anzutreffen ist und manche Verbündete sich ängstlich fragen, ob die Sicherheitsgarantie der USA noch für sie gilt. Viele argumentieren jedoch, dass nicht nur im Lichte des weltpolitischen Wandels, sondern auch angesichts der Geschichte des amerikanischen und westlichen Engagements in und für Afghanistan der von Präsident Biden angeordnete Rückzug korrekt war. Damit lösten sich die USA nach vielen diesbezüglichen Ansagen aus der Bindung mit einem Alliierten, der so gut wie nichts für die Stabilisierung und Verteidigung seines Landes getan hat und sie könnten ihre Kräfte stärker auf wichtigere Herausforderungen konzentrieren. Es spricht Vieles dafür, dass diese letztgenannte Argumentation sich als richtig erweisen wird.

Ähnliche Behauptungen zum Niedergang der USA und des Westens generell wurden übrigens auch 1975 nach dem Fall von Saigon aufgestellt. Damals standen die USA zudem in der Mitte der Watergate-Krise und sowohl Freunde wie Feinde der USA sahen das Ende des Westens und den Sieg des Kommunismus nahen. Nichts von dem ist eingetreten. Im Gegenteil: wie im Fall Afghanistan, war die Trennung von einem korrupten und inkompetenten Regime eine Befreiung für die USA und ermöglichte die Fixierung auf Kernaufgaben der amerikanischen Verteidigungspolitik. Nur

zehn Jahre nach dem Abzug aus Südvietnam hatten die amerikanischen Streitkräfte eine derartige Kampfkraftsteigerung erfahren, dass die notorische Unterlegenheit des Westens bei den konventionellen Waffen in Mitteleuropa aufgehoben worden war und der Warschauer Pakt seine Militärstrategie von der Offensive in die Defensive umstellen musste – was das Ende des Ost-West-Konfliktes einläutete.

Natürlich gibt es derzeit viele Freunde und Gegner der USA, die aus den Ereignissen in Afghanistan die Folgerung ziehen, dass die USA im Abstieg sind. Ob sie damit richtig liegen, ist zweifelhaft. Man kann aus dem Abzug und wie er von US-Präsident Biden begründet worden ist, auch etwas ganz Anderes herauslesen. Zum einen ist es der Wille, die Kräfte und Ressourcen der USA nicht am Hindukusch zu vergeuden, sondern auf das zu konzentrieren, was wirklich wichtig ist: die mögliche militärische Konfrontation mit China. Zum anderen ist eine weitere Botschaft eindeutig: die USA sind nicht bereit, Alliierte militärisch zu unterstützen, die nicht für ihre eigene Verteidigung sorgen. Letztere Botschaft geht auch in Richtung Berlin.

### **9 Das angebliche Versagen der Regierungen beim Abzug**

Ein weiterer, derzeit häufig zu hörender Kritikpunkt, mit dem das angebliche „Komplettversagen des Westens“ begründet wird, lautet: *Der Kollaps der afghanischen Regierung und des afghanischen Militärs sowie die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten bei der Evakuierung von Afghanen und Ausländern bewiesen das Versagen der westlichen Geheimdienste und Regierungen.*

Es ist richtig davon auszugehen, dass die westlichen Geheimdienste mit dem schnellen Kollaps der afghanischen Streitkräfte nicht gerechnet hatten. Offensichtlich herrschte dort die Einschätzung vor, dass die afghanischen Soldaten noch mehrere Monate kämpfen würden, bis die Taliban ganz die Macht übernehmen. Diese Einschätzung dürfte korrekt gewesen sein und sie wird auch von den Befehlshabern und Soldaten der Afghanistan Armee geteilt worden sein. Von daher ist es allerdings

auch nicht verwunderlich, dass sich diese auf Angebote der Taliban eingelassen haben, die Waffen zu strecken. Wer möchte schon in einem absehbar verlorenen Krieg sterben? Auch Teile des Kabuler Regimes haben sich dieser Einschätzung angeschlossen und lieber die Verständigung mit den Taliban über eine unblutige Machtübernahme gesucht – allen voran der Hauptverantwortliche für die afghanische Malaise, der frühere Präsident Hamid Karsai. Wir haben es also hier mit dem Gegenteil einer *self-fulfilling prophecy* zu tun, einer *self-defeating prophecy*.

Es wird natürlich zu Recht bemängelt, dass durch diese rasche Machtübernahme der Taliban die Evakuierung von Ausländern und afghanischen Mitarbeitern verzögert und erschwert wird. Aber haben diejenigen, die sich heute lauthals über die Unfähigkeit von Regierungen und Nachrichtendiensten ereifern, einmal darüber nachgedacht, was die Alternative gewesen wäre? Wäre ihnen ein mehrmonatiger Bürgerkrieg mit vielleicht 50.000 Toten lieber gewesen? Vor allem muss davon ausgegangen werden, dass unter Bedingungen eines Krieges zwischen den afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban Evakuierungen noch viel schwerer vorzunehmen gewesen wären als unter den Bedingungen, wie sie Ende August herrschten. Immerhin gab es eine Verständigung mit den Taliban, die es ermöglichte, über 114.000 Personen innerhalb von 10 Tagen auszufliegen. Das Ende in Afghanistan lief deutlich besser ab als das Ende in Südvietnam.

Es ist zudem naiv behaupten zu wollen, dass es einen besseren Abzug aus Afghanistan hätte geben können, wenn alle vorher besser informiert gewesen seien. Natürlich lassen sich Fehler nicht vermeiden (bei Amerikanern wie bei Deutschen) und manche Fehler werden in der parlamentarischen Aufarbeitung vermutlich aufgedeckt werden. Aber man sollte davon ausgehen, dass unter den oben geschilderten Bedingungen jede andere Art von Abzug ein mehr oder weniger chaotisches Bild geliefert hätte. Ein friedvoller und geordneter Abzug aus Afghanistan war unter den gegebenen Bedingungen unvorstellbar.

## Bildnachweise

*Titelfoto:* Ein Soldat der Koalitionstruppen auf einem Berggipfel in Afghanistan; Quelle: Wikimedia Commons, U.S. Army, Sgt. Matthew Freire, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kabul\\_province\\_mountain\\_\(8735703666\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kabul_province_mountain_(8735703666).jpg)

*Foto Seite 4, Lakhdar Brahimi:* Quelle: Wikimedia Commons, Urheber VOA; <http://www.voacantonese.com/content/syria-2nd-upd/1609404.html>

*Foto Seite 5: Karsai und Rumsfeld:* Quelle: Wikimedia Commons, U.S. Army, Sgt. Andy Dunaway; [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Defense.gov\\_News\\_Photo\\_030907-F-2828D-204.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Defense.gov_News_Photo_030907-F-2828D-204.jpg)

*Foto Seite 6: Obama und McChrystal:* Quelle: Wikimedia Commons, Urheber: The White House, Pete Souza; [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Po51909PS-0630\\_\(3546472657\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Po51909PS-0630_(3546472657).jpg)

*Foto Seite 7: ISAF Truppen auf Brücke:* Quelle: Wikimedia Commons, Urheber: ISAFMedia; [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A\\_new\\_pedestrian\\_bridge\\_in\\_Dushi\\_District\\_of\\_Baghlan\\_province\\_-c.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_new_pedestrian_bridge_in_Dushi_District_of_Baghlan_province_-c.jpg)